

Wieso Menschenrechte so wichtig sind

von
Mags Maglana

Auf den Philippinen werden Menschenrechte zunehmend zum Angriffsziel. Die Angriffe auf die Idee der Menschenrechte begannen aber nicht erst mit dem Amtsantritt von Duterte am 30. Juni 2016. Schon in der Vergangenheit wurden Menschenrechte immer wieder abgetan als etwas, das uns der Westen aufgedrängt habe oder die Idee der Menschenrechte wurde schlichtweg dazu eingesetzt, Amtsinhaber zu diskreditieren. Insbesondere Rechte, die die körperliche Unversehrtheit gewährleisten sollen, etwa das Recht auf Leben, gegen Festnahmen ohne Haftbefehl oder das Recht auf eine menschenwürdige Behandlung bei Gewahrsamsnahme, scheinen zu etwas geworden zu sein, auf das sich verzichten lässt. Das gilt nicht nur für die ersten 100 Tage der Präsidentschaft Duterte, sondern – in unterschiedlichem Ausmaß – auch für die Regierungen Cory Aquino, Fidel Ramos, Joseph Estrada, Gloria Macapagal Arroyo und Benigno Aquino III.

So berichtete Richard Kessler im Jahre 1987, ein Jahr nach Cory Aquinos Amtseinführung als Präsidentin, dass es zu 50 Fällen von Verschwindenlassen und 242 außergerichtlichen Hinrichtungen gekommen sei. Kessler notierte mit Verweis auf Daten der Task Force Detainees of the Philippines, dass allein in der ersten Hälfte des Jahres 1988 die Zahl der Fälle des Verschwindenlassens 82 betrug und 117 außergerichtliche Hinrichtungen stattgefunden haben. Amnesty International bezifferte die Zahl der Verschwindenen (desapericidos) im Jahre 1990 auf 50.

Präsidentin Aquino erklärte daraufhin, dass Amnesty International »zu Übertreibungen neige«.

In Ramos' Regierungszeit wurden im Jahre 1997 von der Philippine Alliance of Human Rights Advocates 48 Fälle des erzwungenen Verschwindens und neun Fälle von Folter gezählt. Ähnlich erschreckend sind die Zahlen aus der Zeit Estradas, für die laut des Kolumnisten Cecilio Arillo 100 Fälle von Menschenrechtsverletzungen belegt sind. Die Menschenrechtsorganisation Karapatan erklärte im Jahre 2009, dass während der neunjährigen Präsidentschaft Arroyos insgesamt 1188 Menschen Opfer von extralegalen Tötungen wurden und 205 Menschen verschwand. Eine Besonderheit dieser Zeitspanne sei vor allem die hohe Anzahl von Angriffen auf JournalistInnen, die auch während der Regierungszeit Aquinos anhielten, in der zudem 300 AktivistInnen, MenschenrechtsverteidigerInnen und Indigene starben.

Das Schüren von Angst als Mechanismus

Statt mit diesen Zahlen die Tausenden von Toten seit Dutertes Amtsantritt zu relativieren, will ich mit der Aufzählung vielmehr verdeutlichen, dass die bisherigen philippinischen Regierungen einen schrecklichen Rekord aufstellen, wenn es um den Umgang mit dem eigenen Volk geht. Und genau aus diesem Grund sollten Menschenrechte nicht als *passé* betrachtet werden. Vielmehr müssen die Menschenrechtsinstitutionen und -instrumente weiter gestärkt werden, sodass BürgerInnen effektiv auf sie zurückgreifen können, um sich vor den Übergriffen des Staates zu wehren.

MenschenrechtsverteidigerInnen haben wie alle anderen AktivistInnen, das Recht auf eigene politische, ideologische und organisatorische Präferenzen. Die unglückliche Realität ist jedoch, dass diese Differenzen einen solch fundamentalen Graben zwischen den Akteuren erwachsen ließen, dass ein gemeinsamer Widerstand gegen Menschenrechtsverletzungen nicht stattfand und nicht stattfindet.

Im derzeitigen Krieg gegen die Drogen will uns die philippinische Regierung suggerieren, dass der Anstieg des Drogenkonsums darauf zurückzuführen sei, dass man zu sehr um die Rechte von Drogenkriminellen besorgt gewesen sei. Dabei hängt der Anstieg doch vielmehr mit dem Versagen der Regierung zusammen, die die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel nicht nutzt, um die Drogenkriminalität zu bekämpfen. Viele Drogendealer stammen gar aus den Reihen der Polizei, andere Polizisten wiederum tolerierten das Drogengeschäft in ihren Vierteln – und auch Generäle, PolitikerInnen, Richter und Beamte in den für das Drogenproblem zuständigen Behörden waren und sind in das Drogengeschäft verwickelt.

Und nun will uns die Regierung, vor deren Augen solche Verstöße stattfinden, suggerieren, dass die einzige Möglichkeit, um das Drogenproblem zu lösen, die sei, uns unsere Rechte zu nehmen. Noch ist es nicht zu spät für Menschenrechtsgruppen, politische Bewegungen und Friedensnetzwerke sich zu vereinen und diese Machenschaften zu beenden.

Dieses Mal sind es illegale Drogen. Aber was, wenn eine zukünftige philippinische Regierung einzelne politische Überzeugungen nicht akzeptiert oder ökonomische, soziale und kulturelle Rechte ihrer BürgerInnen als wenig achtenswert ansieht? ■

Die Autorin ist eine Journalistin und Aktivistin aus Davao. Der Artikel erschien am 14.10.2016 in der Zeitung Sun Star Davao.

Aus dem Englischen von Kathrin Spenna